

Informationen zu GEMMA



GEMMA ist ein europäisches Projekt, das den Austausch zwischen AkteurInnen aus Politik, Forschung, der Zivilgesellschaft und den Medien im Bereich von Gender und Migration zum Ziel hat. Da Migration – in enger Verbindung mit geschlechtsspezifischen Fragen – eines der weltweit wichtigsten Themen unserer Zeit ist, müssen diese AkteurInnen in Europa einen engeren und intensiveren Dialog führen, um die vielfältigen Herausforderungen effektiv zu meistern, die im Zusammenhang mit Gender und Migration entstehen. Hier einige Beispiele:

- **Politische EntscheidungsträgerInnen** müssen ein Bewusstsein der aktuellen Lage sowohl in ihrem Land als auch in der Europäischen Union als Ganzes haben.
- **ForscherInnen** müssen die Forschungsergebnisse erarbeiten, die dann der Politik und den Medien als Grundlage für eine effektive Arbeit dienen.
- **Organisationen der Zivilgesellschaft**, oftmals die direkteste Informationsquelle zu den Themen Migration und Geschlecht, müssen stärker gehört oder sogar in Forschung und politische Entscheidungsfindung einbezogen werden.
- Die **Medien** müssen Zugang zu objektiven Informationen erhalten, um ein realistisches Bild der Migration von Frauen und verwandter Sachverhalte zeichnen zu können.

GEMMA möchte diesen multilateralen Dialog unterstützen. Zu diesem Zweck realisieren die ProjektpartnerInnen verschiedene Aktivitäten, die sich an AkteurInnen in Politik, Forschung, Zivilgesellschaft und Medien richten. Zu diesen gehören:

- Die Projekt-Website
- Der vorliegende Newsletter, der viermonatlich erscheinen wird
- Workshops in allen Partnerländern zur Förderung des Dialogs zwischen Politik und Forschung
- Ein dynamisches Forum für den Meinungsaustausch
- Eine Konferenz, die den Kontakt zwischen den AkteurInnen verschiedener Länder fördert, Wissen über aktuelle Fragen im Bereich Gender und Migration vermittelt und die Ergebnisse von GEMMA vorstellt.

Bitte besuchen Sie die GEMMA-Website in regelmäßigen Abständen, um über neue Veranstaltungen und Dienstleistungen auf dem Laufenden zu bleiben, die für Sie interessant sein könnten. Unter <http://www.gemmaproject.eu> können Sie zudem diesen Newsletter abonnieren.

GEMMA wird vom [7. Rahmenprogramm](#) der Europäischen Union gefördert.



Nachrichten

Die neue Sozialagenda der Europäischen Union

Am 2. Juli 2008 hat die Europäische Kommission eine ehrgeizige Agenda verabschiedet, die dafür sorgen soll, dass die Politik der Europäischen Union wirksam auf die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen der heutigen Zeit reagieren kann.

Warum eine neue Sozialagenda?

Der technologische Wandel, die Globalisierung und die Alterung der Bevölkerung verändern die Gesellschaften Europas. Die EU-Politik muss mit diesem Wandel Schritt halten, und sie muss die Menschen bei der Anpassung an die neuen Rahmenbedingungen unterstützen. Die neue Sozialagenda zielt darauf ab, mehr Chancen für die Menschen in der EU zu schaffen, den Zugang zu hochwertigen Dienstleistungen zu verbessern und Solidarität mit denjenigen zu üben, für die der Wandel negative Folgen hat.



Wie wird die erneuerte Sozialagenda bei der Bewältigung des Wandels helfen?

Die EU hat im sozialen Bereich nur begrenzte Befugnisse und Zuständigkeiten. Indem sie jedoch mit den Mitgliedstaaten und den Interessensvertretungen zusammenarbeitet, kann sie wirklich etwas für die BürgerInnen bewegen. In den letzten 50 Jahren hat die EU erfolgreich zu Wachstum und Beschäftigung, zur Gleichstellung der Geschlechter und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen beigetragen. Zudem hat sie die Bekämpfung von Diskriminierungen und Armut sowie die Beseitigung von Ungleichheiten zwischen Regionen unterstützt.

Die erneuerte Sozialagenda baut auf diesen Errungenschaften auf und führt verschiedene politische Strategien der EU zusammen, um Fortschritte in den folgenden sieben prioritären Bereichen zu erzielen. Einer dieser Bereiche ist die Diskriminierungsbekämpfung und Gleichstellung der Geschlechter. Hier wurden bereits einige Initiativen gestartet:

Mitteilung zur Bekämpfung von Diskriminierung

Entwurf einer Gleichbehandlungsrichtlinie

Arbeitspapier zur Situation von Roma

Die entsprechenden Dokumente können unter den [folgenden Adressen](#) heruntergeladen werden.

Weitere Informationen zur Sozialagenda finden Sie [hier](#).

Quelle: Europäische Kommission

Die Nachhaltigkeit des European Social Survey sicherstellen

Es werden verschiedene Schritte unternommen, um die Nachhaltigkeit des European Social Survey (Europäische Sozialstudie, ESS) langfristig zu gewährleisten. Seit seiner erstmaligen Durchführung 2001 ist es Ziel des ESS, den Wandel in der sozialen, politischen und kulturellen Struktur Europas zu beleuchten.

Der ESS zeichnet die langsamen Veränderungen im sozialen, politischen und kulturellen Klima Europas auf. Die von der Gruppe in über 30 europäischen Ländern erhobenen

Daten zeigen interessante Unterschiede und Ähnlichkeiten.

Durch Veröffentlichung dieser Daten fördert der ESS die Verständigung zwischen den Ländern Europas. Regierungen, politische AnalystInnen, ForscherInnen und Mitglieder der Zivilgesellschaft können so Schlüsse ziehen, wie die Menschen in verschiedenen Ländern sich selbst und die Welt um sie herum im Laufe der Zeit sehen.

Weitere Informationen finden Sie unter:

<http://www.europeansocialsurvey.org/>

Quelle: CORDIS

Der **European Social Survey** ist eine akademisch fundierte Sozialstudie zur Darstellung und Erklärung der Interaktion zwischen den sich wandelnden europäischen Institutionen und den Einstellungen, Meinungen und Verhaltensmustern der verschiedenen Bevölkerungen. Die Studie umfasst 30 Länder und wurde 2005 mit dem Descartes-Preis ausgezeichnet, dem wichtigsten jährlich in Europa vergebenen Wissenschaftspreis.

Wissenschaftliche Grundlagen für politische Entscheidungen

Wenn die durch die Rahmenprogramme geförderten Projekte in der Lage sein sollen, politische Entscheidungsprozesse innerhalb der EU mit neuen Erkenntnissen der Sozialwissenschaften zu beeinflussen, ist ein verstärkter Dialog zwischen Forschung und Politik unabdingbar.

Die Europäische Kommission geht in einer neuen Veröffentlichung darauf ein, wie dieser Dialog gefördert werden kann. Die Publikation basiert auf den Ergebnissen einer umfassenden Serie von Interviews mit PolitikerInnen, leitenden BeraterInnen und SpezialistInnen für Fragen des Wissenstransfers, die zu Lösungen zur Überwindung der kontextuellen, kulturellen und strukturellen Hindernisse im Dialog zwischen Wissenschaft und Politik befragt wurden.

Politische Anwendbarkeit und die effektive Verbreitung von Projektergebnissen werden eine entscheidende Rolle dabei spielen, die Umsetzung der ehrgeizigen sozialen und ökonomischen Ziele des Vertrags von Lissabon mit Hilfe der Rahmenprogramme zu unterstützen.

Das Dokument enthält interessante und nützliche Tipps für ProjektkoordinatorInnen wie politische EntscheidungsträgerInnen und kann unter den [folgenden Adressen](#) heruntergeladen werden (in Englisch).

Quelle: Europäische Kommission



Veranstaltungen

Nationale Konferenz zu „Immigration, Bildung und Bürgerrechten“ 11.-12. September 2008 in Collegno (Turin), Italien

Die Konferenz wird von der italienischen Gewerkschaft für Bildung und Wissenschaft, FLC Cgil, und der LehrerInnenvereinigung Proteo Fare Sapere veranstaltet. Weitere Informationen (auf Italienisch) finden Sie [hier](#).

Workshop zu Ehe und Migration nach Großbritannien 16. September 2008 in Oxford, UK

Der Workshop wird von COMPAS veranstaltet – The Centre on Migration Policy and Society, University of Oxford.

Anmeldung und weitere Informationen:
Katharine.charsley@compas.ox.ac.uk

Konferenz zur „Herausforderung der Sozial- und Geisteswissenschaften durch den Klimawandel“ 22.-23. September 2008 in Paris, Frankreich

Aus Anlass der französischen EU-Ratspräsidentschaft will die Konferenz die gemeinsamen Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel diskutieren. Weitere Informationen (auf Englisch) finden Sie [hier](#).

Konferenz zu „Jugendlichen MigrantInnen und ihrer Bildung“ 19.-20. Oktober 2008 in Rom, Italien

Der italienische Titel der Konferenz lautet „Veniamoci incontro! Adolescenti immigrati: dall'accoglienza al piano educativo personalizzato“. Die Konferenz wird von Unicef in Rom, Via Palestro 68, veranstaltet.

Weitere Informationen (auf Italienisch) finden Sie [hier](#).

Erste Konferenz von ESPAnet Italia: „Sozialpolitik in Italien im europäischen Kontext“. 06.-08. November 2008 in Ancona, Italien

Weitere Informationen (auf Italienisch) finden Sie [hier](#).

EU-Politik zu Gender und Migration

Eine Zusammenfassung des politischen Kontexts des Projekts GEMMA¹

Seit der Verabschiedung des Vertrags von Amsterdam 1999 kann die EU im Bereich der **Migrationspolitik** tätig werden. Die Einwanderungspolitik wird nun nicht mehr zwischen den Regierungen der Mitgliedsstaaten koordiniert, sondern ist Gegenstand von Maßnahmen, die durch den Ministerrat der EU verabschiedet werden. Bei ihrem Sondergipfel in Tampere verabschiedeten die Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten ein Arbeitsprogramm zur Harmonisierung der Migrations- und Asylpolitik in den Jahren 2005-2010, an das im November 2004 das Haager Programm anschloss. Die EU-Kommission stellte im Juni 2005 einen Aktionsplan zur Umsetzung des in Den Haag verabschiedeten Programms vor. Vorrang genießen dabei die folgenden Bereiche²:



- Der Schutz fundamentaler Rechte von MigrantInnen;
- Die Festlegung einer gemeinsamen Einwanderungspolitik, die einen sicheren legalen Status und eine Reihe garantierter Rechte für legale MigrantInnen gewährleistet und Rückführungsverfahren für undokumentierte MigrantInnen erarbeitet;
- Die Entwicklung einer verbesserten Integrationspolitik, um die positiven Auswirkungen der Migration auf die Gesellschaften Europas zu maximieren;

„**Integration**“ ist eines der Leitmotive, mit dem die EU um eine gemeinsame Einwanderungspolitik wirbt. Das Konzept beruht auf zwei Richtlinien zur Verhinderung von Diskriminierung aus Gründen der Rasse oder der ethnischen Herkunft („Richtlinie zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft“) und von Diskriminierung im Arbeitsleben aus Gründen der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung („Richtlinie zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf“). Zudem definiert die Richtlinie des Rates vom 25. November 2003 den Status einer langfristigen Aufenthaltsberechtigung von Drittstaatsangehörigen, die sich über einen Zeitraum von fünf Jahren legal in einem der Mitgliedsstaaten aufgehalten haben. Die „Common Basic Principles on Integration“ (Gemeinsame Grundprinzipien für die Integrationspolitik) wurden von der EU-Kommission im September 2005 verabschiedet und versteht Integration als einen „dynamischen, in beide Richtungen gehenden Prozess des gegenseitigen Entgegenkommens aller Einwanderer und aller in den Mitgliedstaaten ansässigen Personen.“

Im Dezember 2005 veröffentlichte die Europäische Kommission ihr Papier „Policy Plan on Legal Migration“, das die Aktionen und gesetzgeberischen Maßnahmen aufführt, die die Kommission im Zeitraum 2007 bis 2009 durchführen möchte. Der Schwerpunkt liegt auf Zulassungsverfahren sowie garantierten Rechten für ausgewählte Kategorien von WirtschaftsmigrantInnen wie MigrantInnen mit legalem Aufenthalts- und Beschäftigungsstatus, Fachkräfte oder SaisonarbeiterInnen.

Frauen als **Migrantinnen** werden in der Debatte über eine EU-weite gemeinsame Einwanderungspolitik nicht ausdrücklich genannt. Frauen sind eher das Ziel eigenständiger Politikansätze und selten Teil eines integrierten Vorgehens. Jüngste Entwicklungen (beispielsweise der Fahrplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern) zeigen eine positive Veränderung hin zu der Anerkennung, dass Migrantinnen als Frauen mehrfacher Diskriminierung ausgesetzt sind.

Weitere Schritte

Die EU führt in einigen Bereichen Aktionen für den Schutz fundamentaler Rechte von Migrantinnen durch. Es müssen jedoch **weitergehende Maßnahmen** ergriffen werden, um die Stellung von Migrantinnen in der EU zu stärken:

1. Garantie eines legalen Status für Migrantinnen
2. Verurteilung traditionsbedingter Gewalt
3. Kampf gegen Menschenhandel
4. Sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung / Gesundheit
5. Bildung und Anerkennung von Qualifikationen
6. Angemessene Regelungen für Hausarbeit
7. Zugang zu sozialen Rechten

Vor diesem Hintergrund, ergänzt durch die Empfehlungen der Europäischen Frauenlobby, werden die Aktionen der kommenden Jahre durchgeführt werden.

¹ Eine ausführlichere Version dieses Papiers ist über das GEMMA-Konsortium erhältlich (in Englisch).

² Quelle: Mapping the Challenges Faced by Migrant Women in the European Union; Equal Rights, Equal Voices, January 2007



Forschung zu Gender und Migration

Ausgewählte Publikationen

Eleonore Kofman, *The Knowledge Economy, Gender and Stratified Migrations, Studies in Social Justice* 1(2) Sommer 2007, S. 30-43

Die Propagierung der Wissensökonomie und Wissensgesellschaft auf der einen Seite, die mit dem mobilen Subjekt als TrägerIn technologischer, betriebswirtschaftlicher und kosmopolitischer Kompetenzen gleichgesetzt werden, und die Unsicherheit in Bezug auf soziale Ordnung und nationale Identitäten auf der anderen Seite haben in den letzten Jahren die Polarisierung zwischen qualifizierten MigrantInnen und jenen, die als unqualifiziert gelten, verschärft. Erstere gelten als Träger von Humankapital, können sich nahtlos integrieren und verdienen daher die Staatsbürgerschaft; Letztere werden auf Grund ihres ökonomischen und kulturellen „Andersseins“ mit Assimilations- und Abhängigkeitsproblemen assoziiert und erhalten von ihren Zielländern nur einen vorübergehenden Status und beschränkten Zugang zur Staatsbürgerschaft. Im europäischen Kontext wurde diese Entwicklung durch die geopolitische Neuordnung verstärkt, die zu neuen Grenzen des Ausschlusses und der sozialen Gerechtigkeit geführt hat. Die Betonung der Wissensökonomie erzeugt zudem geschlechtsspezifische Ungleichheiten und Stratifikationen auf Grundlage von Qualifikation und Wissenstypen, die wiederum Auswirkungen auf Staatsbürgerschaft und soziale Gerechtigkeit haben.

The International Migration of Women. Hg: Maurice Schiff, Andrew R. Morrison und Mirja Sjoblom. Palgrave, 2007.

Aktuell liegt der Anteil von Frauen an der internationalen migrantischen Bevölkerung weltweit bei fast 50%. Trotz der großen Zahl von Migrantinnen musste bis vor kurzem ein auffälliger Mangel an geschlechtsspezifischer Analyse in der ökonomischen Literatur zu internationaler Migration und Entwicklung festgestellt werden. Der vorliegende Band enthält sechs neue Studien, die die Verbindung zwischen Gender, internationaler Migration und wirtschaftlicher Entwicklung analysieren, und leistet so einen wichtigen Beitrag, um diesem Mangel abzuhelpfen.

[Link zur Presseerklärung](#) (in Englisch)

Bericht: „The New Bonded Labour?“

Oxfam hat am **2. Juli 2008** zusammen mit der Partnerorganisation Kalayaan den **gemeinsamen Bericht „The New Bonded Labour?“** („Die neue Leibeigenschaft?“) veröffentlicht. Der Bericht deckt Missbrauch und Ausbeutung von migrantischen HausarbeiterInnen in Großbritannien auf. Kalayaan ist die einzige Organisation in Großbritannien, deren Ziel explizit die Beratung und Unterstützung migrantischer HausarbeiterInnen ist. Die Forschungsergebnisse zeigen, dass von den bei Kalayaan registrierten ArbeiterInnen 43% angaben, nicht über ein eigenes Bett zu verfügen, 41% keine regelmäßigen Mahlzeiten erhielten, 70% keine Freizeit hatten und 61% das Haus nicht verlassen durften.

Klicken Sie bitte auf den [folgenden Link](#), um den Bericht vollständig anzuzeigen (in Englisch):

Die Anwendung rassistischer Antidiskriminierungsgesetze: Gender und Staatsbürgerschaft in einem multikulturellen Kontext (GENDERACE, 2008-2010)

Das Projekt GendeRace untersucht die Effektivität von Gesetzen gegen rassistische Diskriminierung aus Sicht der Zielgruppe, und nimmt dabei eine Gender-Perspektive ein. Die Forschung wird durch das Siebte Rahmenprogramm der Europäischen Union gefördert und von sechs europäischen Forschungsteams durchgeführt. Das Projekt wird an der Université Libre de Bruxelles (Belgien) und an der Universität de Barcelona GRECS (Spanien) koordiniert.

Ausgewählte laufende Projekte



Ziel des Projekts ist ein größeres Verständnis für das Phänomen der doppelten Diskriminierung (aus rassistischen und geschlechtsspezifischen Gründen). Es geht um die Entwicklung praktischer Tools, mit denen Regierungen, NGOs und spezialisierte Gremien besser bewerten können, wie effektiv Politik und Praxis im Bereich der Gleichstellungspolitik sind, wenn es sich um Fälle von doppelter Diskriminierung handelt.

Weitere Informationen über das Projekt (in Englisch) finden Sie [hier](#).

Zivilgesellschaftliche Initiativen zu Gender und Migration

CARITAS: Präsentation einer Studie zu den Lebens- und Arbeitsbe- dingungen von ImmigrantInnen in Rom (Italien)

Caritas ist eine Organisation der italienischen Zivilgesellschaft, die ImmigrantInnen tägliche Unterstützung bietet. Zur Infrastruktur von Caritas gehört eine Beratungsstelle für Einwanderung, die hauptsächlich in den Bereichen Menschenhandel, Flüchtlinge und Asylbewerber tätig ist.

Seit 1990 veröffentlicht die Caritas jedes Jahr ein Statistik-Dossier zur Einwanderung sowie Studien und Forschungsergebnisse zum Thema Immigration.

Am 1. Juli 2008 stellte die Caritas in Rom unter dem Titel „Le condizioni di vita e di lavoro degli immigrati nell’area romana: Indagine campionaria e approfondimenti tematici“ („Lebens- und Arbeitsbedingungen von ImmigrantInnen in Rom: Überblicksstudie und thematische Analyse“) eine neue Veröffentlichung vor.

Reguläre ImmigrantInnen

Die Studie unterstreicht, dass die meisten ImmigrantInnen mit regulärer Aufenthaltsgenehmigung in Italien im Großraum Rom leben. Anfang des Jahres 2007 handelte es sich nach Schätzungen des Einwanderungs-Dossiers der Caritas um rund 430.000 Personen, die teilweise noch nicht behördlich angemeldet waren.

In der Gruppe der ImmigrantInnen finden sich Menschen aus über 180 Nationen, die meisten von ihnen aus Europa oder Asien: die größten Gruppen kommen aus Rumänien (22,3%), von den Philippinen (9,1%) und aus Polen (6%).

Von 3.690.000 MigrantInnen, die Anfang 2007 mit regulärem Status in Italien lebten, stammten 556.000 Menschen aus Rumänien. Von diesen wiederum waren 53,4% Frauen. Eine aktualisierte Schätzung geht davon aus, dass Anfang 2008 bereits 1.016.000 Personen mit rumänischer Staatsangehörigkeit in Italien lebten.

ImmigrantInnen und Beschäftigung

In Italien spielen ImmigrantInnen (eineR von zehn Beschäftigten) eine zunehmend wichtige Rolle auf dem Arbeitsmarkt, da die Arbeitslosenrate konstant sinkt.

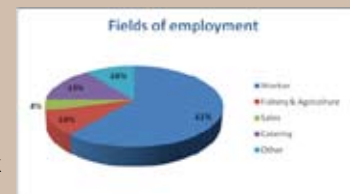
Der Lohn rumänischer ImmigrantInnen liegt leicht unter dem Lohndurchschnitt für ImmigrantInnen (laut INPS, der italienischen Sozialversicherungsbehörde, lag das Jahreseinkommen 2004 bei durchschnittlich 10.042 €); Frauen erhalten 40% weniger Lohn als Männer. Eine beachtliche Zahl von Frauen (über 25%) arbeitet als Hausangestellte. Arbeitsverhältnisse bestehen jedoch auch in anderen Bereichen, beispielsweise in der Pflege.

Die Ausbeutung von Frauen nimmt dabei zu. Um den Teufelskreis der Prostitution aufrecht zu erhalten, werden Mädchen in den ärmsten Gegenden Rumäniens gewaltsam angeworben: die Zahl der Personen, die jedes Jahr zur Zwangsprostitution nach Italien gelangen (nicht nur aus Rumänien), stieg 18.000 auf 35.000. Zudem finden sexuelle Übergriffe leider auch im häuslichen Bereich statt, wo Rumäninnen und andere Hausangestellte, die für italienische Familien arbeiten, betroffen sind.

Illegale ImmigrantInnen

In Italien leben etwa 400.000 ImmigrantInnen „ohne Papiere“, die in Haushalt und Pflege „typisch weibliche“ Arbeiten verrichten, sowie etwa 250.000 Männer, die als Arbeiter, in Fischerei und Landwirtschaft, im Verkauf, in der Gastronomie oder anderen Bereichen beschäftigt sind.

Das Stellenangebot aus dem Ausland richtet sich stark an Frauen, während Männer meist illegale Tätigkeiten im



Produktions- und Dienstleistungssektor übernehmen. Eine Ausnahme von dieser Entwicklung ist die Gastronomie.

Laut einer Erhebung des italienischen Statistikamtes Istat liegt der Anteil von Drittstaatsangehörigen an der Gesamtbevölkerung derzeit bei 5,8% und könnte in 40 Jahren auf 18,4% der Bevölkerung steigen.

Weitere Informationen (auf Italienisch) finden Sie unter: www.caritasitaliana.it

Porträts im Bereich Gender und Migration

Interview mit Paola Brianti, Präsidentin der Kommission für „Kommunitaristische und internationale Angelegenheiten“ der Region Lazio



Paola Brianti, die Präsidentin der Kommission für „Kommunitaristische und internationale Angelegenheiten“ der Region Lazio, ist eine der EntscheidungsträgerInnen, die Migrationsfragen größten Wert beimessen. Kürzlich, im Mai 2008, legte sie der Kommission den Entwurf eines regionalen Gesetzes über die Rechte von MigrantInnen an.

In dem [Interview](#), das auf der [GEMMA-Website](#) in voller Länge veröffentlicht ist (auf Englisch), spricht sie über die Rolle der Kommission, ihre Kompetenzen und die Öffentlichkeitsarbeit zur Information der breiten Bevölkerung über Themen von europaweiter Relevanz.

Die Kommission für „Kommunitaristische und internationale Angelegenheiten“ sieht die Komplexe Gender und Migration als zentrale Bestandteile ihrer politischen Agenda. Im Interview werden auch Aktivitäten genannt, die auf diese Herangehensweise zurückzuführen sind, und Fragen nach der Verbindung von Forschungsergebnissen und ihrer Anwendbarkeit in der Politik gestellt.

weitere zurückzuführen sind, und Fragen nach der Verbindung von Forschungsergebnissen und ihrer Anwendbarkeit in der Politik gestellt.

Initiativen: Das Engagement steigern

GEMMA's Namensschwester: anderer Rahmen, ähnlicher Aufgabenbereich

Im Rahmen des Erasmus-Mundus-Programms der Europäischen Kommission wurde ein interdisziplinäres Masterprogramm ins Leben gerufen, an dem sich acht europäische Universitäten beteiligen. Das Programm, das zufällig ebenfalls den Titel GEMMA trägt, bietet einen „Joint European Master's Degree in Women's and Gender Studies“. Die TeilnehmerInnen besuchen Lehrveranstaltungen aus den Bereichen Frauenstudien, Gender Studies und Gleichstellungspolitik. Mobilität ist dabei ein zentrales Element des Programms; von den Studierenden wird erwartet, dass sie an mehreren europäischen Universitäten studieren. Daher erhalten die Studierenden bei Abschluss des Programms ein Doppeldiplom von ihrer eigenen und der Partnerinstitution. Des Weiteren wurde das Konsortium in Zusammenarbeit mit fünf Partnern in den USA und Lateinamerika zu GEMMA World erweitert, wodurch das Programm eine wahrhaft globale Dimension erhält, so dass sich die Studierenden auch in einem nicht-europäischen akademischen Umfeld mit Geschlechterfragen auseinandersetzen können.

Weitere Informationen über das Programm (auf Englisch) finden Sie unter:

<http://www.ugr.es/local/gemma>

GEMMA wird vom 7. Rahmenprogramm der Europäischen Union gefördert.

Published by the GEMMA Consortium. Edited by the Hungarian Science and Technology Foundation. GEMMA is supported by the Seventh Framework Programme of the European Union

